

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend familiengerechtere Arbeitsplätze bei der Oö. Polizei

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für Maßnahmen zur Förderung familiengerechterer Arbeitsplätze bei der Oö. Polizei sowie für eine spürbare Entlastung unserer Beamtinnen und Beamten einzusetzen. Zu diesen Maßnahmen zählen insbesondere

1. die Angleichung des tatsächlich dienstbaren Personalstandes an den systematisierten Dienststand,
2. die Gewährung von Schmerzensgeld durch den Bund auch bei einer zehn Tage unterschreitenden Minderung der Erwerbsfähigkeit, sowie
3. die Einführung eines Planstellensplittings,
4. leichtere Möglichkeiten zur Dienstzeitreduktion für Polizistinnen und Polizisten,
5. und Angebote für geförderte Altersteilzeit für Polizistinnen und Polizisten.

Begründung

Die Polizei in Oberösterreich leistet tagtäglich großartige Arbeit. Aktuell sorgen rund 4.000 Polizistinnen und Polizisten in Oberösterreich für Sicherheit in unserem Bundesland. Dabei leisteten sie allein im ersten Halbjahr 2023 mehr als 330.000 Überstunden und mehr als 430.000 Journdienststunden. Im Jahr 2022 erbrachten Oberösterreichs Polizistinnen und Polizisten insgesamt mehr als 680.000 Überstunden und mehr als 430.000 Journdienststunden. Dass diese enormen Mehrbelastungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie massiv erschweren, liegt auf der Hand.

Trotzdem erzielte Oberösterreichs Polizei gemäß der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 die dritthöchste Aufklärungsquote bundesweit. Um weiterhin dieses hohe Sicherheitsniveau in Oberösterreich aufrechterhalten zu können, gilt es nunmehr unsere Beamtinnen und Beamten spürbar zu entlasten, die aufgezeigten Mehrbelastungen zu reduzieren und den Polizeiberuf familiengerechter und damit attraktiver zu gestalten.

Dafür ist es neben einer strukturellen Reform des Dienstpostenplans jedenfalls notwendig, im Falle von Sonderverwendungen bzw. Abstellungen für adäquaten Ersatz zu sorgen. Denn nur dann, wenn die Anzahl der tatsächlich an den Polizeiinspektionen dienstverrichtenden Polizistinnen und Polizisten mit dem systematisierten Dienststand übereinstimmt, kann die Mehrbelastung der Exekutivbediensteten reduziert werden. Für Verwendungen bei einer Spezialeinheit, z.B. dem EKO Cobra, sollte zudem ein eigener Dienstpostenplan angedacht werden.

Zudem sind generell mehr Polizistinnen und Polizisten in Oberösterreich notwendig. Zahlen belegen, dass Oberösterreich im bundesweiten Vergleich an vorletzter Stelle liegt, was die Dichte an Exekutivbediensteten pro Einwohnerinnen und Einwohner betrifft. Eine Verbesserung der dienstrechtlichen Rahmenbedingungen wirkt einer Abwanderung in andere Berufsfelder entgegen und kann somit Abhilfe schaffen.

So ist es zum Beispiel sachlich nicht nachvollziehbar, warum der Bund gemäß § 23a Gehaltsgesetz ein etwaig zustehendes Schmerzensgeld erst ab dem zehnten Tag der Erwerbsunfähigkeit übernimmt. Oberösterreichs Polizistinnen und Polizisten riskieren tagtäglich nicht weniger als ihre körperliche Unversehrtheit zum Wohle der Allgemeinheit, weswegen diese Grenze herabgesetzt werden muss.

Schließlich muss auch ein Planstellensplitting angedacht werden. Denn durch eine damit einhergehende leichtere Zugänglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung würden wir nicht nur dienstverrichtende Mütter und Väter deutlich entlasten. Ein Planstellensplitting würde mehr Flexibilität in der Gestaltung des Dienstpostenplans bringen und auch anderen Polizistinnen und Polizisten, die aus nachvollziehbaren Gründen ihre Wochenarbeitszeit reduzieren wollen, die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung bringen.

Um mehr Menschen für die Ausbildung zur Polizistin bzw. zum Polizisten motivieren zu können, ist es wichtig, möglichst viele Personen anzusprechen. Es braucht daher auch Rekrutierungsstrategien.

Linz, am 1. Juli 2024

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Engleitner-Neu, Höglinger, Heitz, Margreiter, Wahl, P. Binder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Angerlehner, Kirchmayr, Mühlbacher, Mader, Raffelsberger, Hiegelsberger, Gneißl, Lengauer, Aspalter, Rathgeb, Froschauer, Dörfel, Stanek

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Handlos, Klinger, Dim, Schießl, Graf, Hofmann, Kroiß, Fischer, Gruber, S. Binder, Mahr

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Bauer, Engl, Mayr, Vukajlović